

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE
FEBRUAR 2004

Bundeshaushalt – Defizit durch geringere Einnahmen
und erhöhte Ausgaben;
Kerry demokratischer Favorit;
Wahlkampfbeobachtung;
Radio-Revolution; neue Gesetze, weniger
Schwangerschaftsabbrüche;
Entwicklungsinstitutionen: „Aus dem Weg!“
Ist Demokratie übertragbar?;
Umfrage zum Jahresende;
Kurzrezension: Friendly Fire von Elizabeth Pond;
Dialog mit der islamischen Welt;
Ranglistenplatz für Leon Aron;

Franz-Josef Reuter
Kristin Vorpahl
Caroline Kanter

Washington am 18. Februar 2004
Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Bundeshaushalt – Defizit durch geringere Einnahmen und erhöhte Ausgaben; Kerry demokratischer Favorit; Wahlkampfbeobachtung; Radio-Revolution; neue Gesetze, weniger Schwangerschaftsabbrüche; Entwicklungsinstitutionen: „Aus dem Weg!“ Ist Demokratie übertragbar?; Umfrage zum Jahresende; Kurzrezension: Friendly Fire. Elizabeth Pond hat ein neues Buch zur Lage der transatlantischen Beziehungen geschrieben; Dialog mit der islamischen Welt; Ranglistenplatz für Leon Aron; Feis-Preis für Julia Sweig

Die Haushaltsprojektion der Congressional Budget Office ist in diesen Wochen das allüberragende Thema vieler amerikanischer Politikkreise. Die Experten der Think Tanks sind sich uneinig über die wirkliche Höhe des zu erwartenden Defizits; Politiker, insbesondere auf Seiten der Republikaner, wissen nicht recht, wo sie das unbestreitbare Defizit einordnen sollen, gilt doch die GOP als Partei der verantwortungsbewussten Haushaltspolitik und des „schlanken Staats“. Die New America Foundation hat eine Studie zur Zukunft (nicht nur) der Radiolizenzen veröffentlicht. Beim CATO-Institut hat man gefragt, ob sich die „umgekehrte Dominotheorie“ im Irak wahrhaftig verwirklichen lässt – und verneint. Bei der Heritage Foundation ist man den schlagartig gesunkenen Abtreibungszahlen der vergangenen Jahre auf den Grund gegangen. Die Bretton Woods Institution stehen mal wieder in der Kritik. Zu Beginn des neuen Jahres hat das Pew Center seine traditionelle Jahresendumfrage veröffentlicht. Die renommierte Journalistin Elizabeth Pond macht sich in ihrem neuen Buch Gedanken zu den transatlantischen Beziehungen. Das Saban Center der Brookings Institution nimmt den Aufruf der Regierung zum Dialog mit dem Islam sehr ernst; Leon Aron ist einer der zehn wichtigsten russischen Einwanderer in die USA, und die Kuba-Expertin Julia Sweig hat den Feis-Preis erhalten.

Bundeshaushalt – Defizit durch geringere Einnahmen und erhöhte Ausgaben

Think Tanks sind nicht nur Ideengeber, sondern auch Informationsbörsen für Interessierte und vor allem Journalisten, die das erworbene Wissen einem großen Publikum zugänglich machen. Den soeben vom **Congressional Budget Office (CBO)** vorgestellten Haushaltsplan für die Jahre 2005 bis 2014 haben nun die Ökonomen der **Brookings Institution, William Gale** und **Peter Orszag** analysiert (<http://www.brookings.edu/dybdocroot/views/papers/gale/20040129.pdf>).

Die Experten betonen, dass sich die offiziellen Daten an die Realität der Steuer- und Ausgabenpolitik der Regierung angepasst haben. Gale und Orszag prognostizieren, dass sich die Haushaltslage für die Jahre 2002 bis 2011 (Beginn der Berechnung war im Januar 2001) um \$8,5 Trillionen bzw. \$55 Milliarden pro Woche verschlechtert. Zuvor war man für denselben Zeitraum noch von einem \$5,6 Trillionen Überschuss ausgegangen. Hauptsächlich verantwortlich (64 Prozent) für das Defizit seien nicht vorausgesehene geringere Einnahmen. Aber auch erhöhte Verteidigungs- und Heimatschutzausgaben (19 Prozent) sowie weitere

Ausgabenerhöhungen (17 Prozent) schlugen sich in den Defizitberechnungen nieder. 60 Prozent der Mehrausgaben sind die Konsequenz von Gesetzen; 40 Prozent spiegeln wirtschaftliche und technische Entwicklungen wider. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung sei das Defizit also vor allem geringeren Einnahmen in den vergangenen vier Jahren und nicht erhöhten Ausgaben zuzuschreiben. Gemessen am Bruttoinlandprodukt befänden sich die Einnahmen der öffentlichen Haushalte momentan auf dem niedrigsten Niveau seit 1950; die Ausgaben entsprechen, den Brookings-Experten zufolge, dem Durchschnitt der vergangenen 40 Jahre. Orszag und Gale bestehen darauf, dass die zu erwartenden Defizite in so umfangreichen Programmen wie Social Security und Medicare eingerechnet werden müssen; ähnliches gelte für öffentliche Rentenfonds. Als Konsequenzen der Haushaltsdefizite, wie sie von **Präsident George W. Bushs Council of Economic Advisers** beschrieben worden sind, prophezeien die Autoren bis 2012 eine Steigerung des Zinssatzes um 125 Basispunkte, eine Verringerung des jährlichen nationalen Einkommens um \$340 Milliarden (bzw. \$2900 je Haushalt) sowie die steigende Verschuldung Amerikas gegenüber ausländischen Investoren. Dass erhöhtes Wirtschaftswachstum diese Entwicklungen aufhalten kann, glauben Gale und Orszag nicht. Als einzige Lösung schlagen sie Steuererhöhungen und verminderte Ausgaben vor. Alles andere als Haushaltsdisziplin wäre unrealistisch.

Auch **Alice Rivlin** und **Isabel Sawhill**, beide arbeiten ebenfalls im Bereich **Economic Studies** für die **Brookings Institution**, fragen, wie sich der Haushalt gesunden, die Budgetbalance wieder herstellen lässt. Drei Möglichkeiten schlagen die Autorinnen der Studie „Restoring Fiscal Sanity: How to Balance the Budget“ vor (<http://www.brookings.edu/dybdocroot/es/research/projects/budget/fiscalsanity/full.pdf>). Ansätze, die sich auch in den Empfehlungen von Gale und Orszag widerspiegeln: Erstens seien Einschnitte bei den Ausgaben und „small government“ möglich. Zweitens böten sich erhebliche Steuererhöhungen an, die ein „activist government“ fördern würden. Drittens wäre eine Kombination von beidem überlegenswert. Allerdings müssten in diesem Zusammenhang auch die Prioritäten der Regierungsarbeit überdacht werden. Alle drei Ansätze sind nach Auffassung von Rivlin und Sawhill dazu geeignet, die Haushalte wieder auszugleichen und vor allem auf den Ruhestand der „Babyboomer“ vorzubereiten.

Nach der Ankündigung der Budgets für die nächsten zehn Jahre gilt es nun für **Präsident Bush** und sein Team, für Schadensbegrenzung im eigenen Lager zu

sorgen. Schließlich sieht sich die **Grand Old Party** in der Tradition von „small government“ und Haushaltsdisziplin. Zwar hat sich Bushs Haushaltexperte **Josh Bolton** vor den Präsidenten gestellt und das Defizit sowie die gestiegenen Ausgaben öffentlich verteidigt. Doch überzeugen konnte er eigene Klientel indes nicht. So schreiben **Chris Edwards** und **Tad DeHaven** vom **CATO Institute**, dass die „Republikaner die Partei des Big Government“ geworden seien (<http://www.cato.org/dailys/02-02-04-2.html>). Der Grund: Boltons Erklärung, dass die gesunkenen Einnahmen durch das zähe Wirtschaftswachstum zustande gekommen seien, hätten sie noch vor zwei Jahren gelten lassen. Heute aber wachse die amerikanische Wirtschaft beträchtlich. Edwards und DeHaven argumentieren, dass geringeren Einnahmen schlicht geringere Ausgaben folgen müssten. Auch den Hinweis auf höhere Verteidigungsausgaben lassen die Ökonomen nicht mehr gelten. Hier hätten Reformen die Ausgaben sinken lassen können. Die Experten empfehlen der GOP, dass sie den „Reformgeist wieder entdecken solle, den sie nach den 1994er Kongresswahlen mit nach Washington gebracht hatte“.

Alison Fraser von der **Heritage Foundation** schließt sich ihren Kollegen vom **CATO Institute** an und spricht unter dem Titel „The State of Spending“ davon, dass die Ausgaben in den vorangegangenen zwei Jahren explodiert seien (<http://www.heritage.org/Research/Budget/wm398.cfm?renderforprint=1>). Vor allem auf den Rängen der Konservativen überall in Amerika Sorge man sich deswegen. Der Präsident habe in seiner Rede zur Lage der Nation zwar versprochen, die Erhöhung bei nicht zweckgebundenen Haushaltstiteln auf 4 Prozent zu beschränken, doch das allein reiche nicht aus. Er solle daher den Kongress zwingen, seine Ausgabenpolitik zu ändern, weg vom „big-spending“. In Zeiten der Terrorismusbekämpfung bedürfe es hierzu einer strengen Ausgabendisziplin. Auch die Präsidenten **Roosevelt** und **Truman** hätten Kriege zu führen gehabt. Allerdings verringerten sie gleichzeitig solche Ausgaben, die nichts mit dem Verteidigungshaushalt zu tun hatten. Derweil propagiere **Präsident Bush** eine Mission zum Mars, deren Initiierung allein schon mit bis zu \$1 Trillion anzusetzen sei. Auch die Bildungsausgaben seien in den vergangenen beiden Jahren um 65 Prozent gestiegen; weitere Erhöhungen des Bildungsetats sind angekündigt. Soviel Geld sei für Ausgaben veranlagt, dass es sich in Washington stapelt, weil die Bundesstaaten es gar nicht so schnell einfordern könnten.

Auch das traditionell auf verantwortungsbewusste Ausgabenpolitik bedachte **Center on Budget and Policy Priorities** (CBO) hat den neuen Haushaltsplan ausführlich kommentiert (<http://www.cbpp.org/1-28-04bud.htm>). **Richard Kogan, David Kamin** und **Joel Friedman** haben errechnet, dass das Haushaltsdefizit der kommenden zehn Jahre noch viel höher liegen werde, als die vom **CBO** angenommen \$1,9 Trilliarden. Das CBO habe in seine Planung noch nicht die erhöhten Verteidigungskosten, erneute Steuersenkungen und die Pensionierung der Babyboomer Ausgaben einbezogen. Das tatsächliche Defizit werde daher bei \$5,2 Trillionen liegen. Doch auch die Experten des CBPP sehen das Minus nicht so sehr in gestiegenen Ausgaben begründet, sondern in verminderten Einnahmen, hervorgerufen durch die Steuersenkungen.

John Kerry scheint Favorit für die Nominierung zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten zu sein

Landesweite Umfragen vom 15.2.2004 zeigen Senator **John Kerry** nun, nach den gewonnenen Primaries im Süden und dem Ausstieg **Wesley Clarks**, auch in den Augen der Gesamtbevölkerung als demokratischen Wunschkandidaten. Er hat Siege in allen wichtigen Regionen des Landes errungen, was ihn zu einem sehr wahrscheinlichen Gewinner macht. Dennoch hat er erst 414 der für die Kandidatur nötigen 2161 Delegiertenstimmen sicher (gefolgt von Edwards mit 139 Stimmen). Auf die Frage, wen die demokratische Partei als Präsidentschaftskandidaten nominieren sollte, ergab sich folgendes Ergebnis:

Kandidat	Umfrage vom 12. Februar 2004
	%
Kerry	53
Dean	8
Edwards	7
Sharpton	4
Kucinich	1
Other (vol.)	12
Don't know	15

Durch das Ausscheiden **Wesley Clarks** zeichnet sich nun ein Zweikampf zwischen **Kerry** und **Edwards** ab. Kritiker bezweifeln jedoch, dass Edwards noch neues Wählerpotenzial für sich erschließen kann. Er wird weiterhin auf die Unterstützung der Südstaaten setzen. Sowohl Edwards als auch Howard Dean haben jedoch zugesichert, ihren Wahlkampf noch mindestens bis zum sog. „Super Tuesday“ am 2. März fortzuführen. Beide erwarten eine baldige Kehrtwende im Siegeszug Kerrys, der ihrer Meinung nach nur durch seine frühen Siege Schwung aufgenommen habe. Diesen Schwung werde er spätestens dann verlieren, wenn der Fokus der Presse sich mehr auf seine Person und seine Vergangenheit richte.

Der Druck innerhalb der demokratischen Partei auf die beiden Kandidaten nimmt jedoch stetig zu, da man sich nun auf die Konfrontation mit Präsident Bush vorbereiten will und den innerparteilichen Kampf nicht unnötig lange hinauszögern möchte. Selten waren die Debatten innerhalb der Partei während der Vorwahlen so wenig auf die eigentlichen Kandidaten als auf den Sturz der aktuellen Regierung konzentriert.

Die nächste Hürde für die Kandidaten wird die Primary in Wisconsin am 17. Februar sein.

Wahlkampfbeobachtung im Internet

Das Wahljahr hat begonnen. Auch an Amerikas Denkfabriken geht das nicht vorbei. Der **Council on Foreign Relations** hat daher seine neue „Campaign 2004“-Webseite zugänglich gemacht (www.cfr.org/campaign2004). Es geht, natürlich, um die außenpolitischen Standpunkte der Kandidaten. Unter der Ägide von **Michael Glennon** veröffentlichen Experten des CFR Issue Briefs, die Reden der Kandidaten, einen Wahlkalender sowie Wahlveranstaltungen, die beim CFR selbst stattfinden.

Radio-Revolution

Seit geraumer Zeit frönt die **New America Foundation** einer gewissen technischen Leidenschaft. Ganz besonders engagiert ist der junge Think Tank im Bereich Medienlizenzen. Immer neue Deregulierungen gefährden die Medienvielfalt. Dabei sind Lizenzen nur das eine, wie eine Studie von **Kevin Werbach**, dem Gründer der **Supernova Gruppe**, zeigt (http://www.newamerica.net/Download_Docs/pdfs/Pub_File_1427_1.pdf). Werbach, im Nebenberuf Technologie-Berater, spricht von der „Radio Revolution“ und meint, dass Lizenzen für die Ausstrahlung von Radioprogrammen schon bald der

Vergangenheit angehören könnten. Neue kabellose Breitbandübertragungstechniken machten das möglich. Dabei gehe es bei Weitem nicht nur um Lizenzen; Werbach erwartet eine erneute technologische Revolution, die sich in allen Lebensbereichen bemerkbar machen wird.

Neue Gesetze, weniger Schwangerschaftsabbrüche

Um mehr als 17 Prozent hat sich die Rate der Abtreibungen während der 1990er Jahre in Amerika verringert. Im Jahr 1990 hatten noch 1.035.573 Frauen abgetrieben, 2000 waren es noch knapp 855.000. In einer Studie für die **Heritage Foundation** hat **Harvard-Forscher Michael New** nun herausgefunden, dass vor allem die so genannten „Pro-Life“-Gesetze hierfür verantwortlich sind (<http://www.heritage.org/Press/NewsReleases/nr012104a.cfm>). Gemeint sind dreierlei gesetzliche Regelungen: Solche, die die Mitentscheidung der Eltern der Abtreibenden verlangen; solche, die „partial-birth“-Abtreibungen verbieten; solche, die einen „informed consent“ verlangen (Beratungen, bei denen Frauen über die Risiken von Abtreibungen aufgeklärt werden). Für Gesetzgebung sind die Bundesstaaten verantwortlich. Im Jahr 1992 galten die „Pro-Life“-Gesetze, im Gegensatz zu heute, nahezu nirgendwo in Amerika. Hinzu kommt, dass einige Staaten die Finanzierung von Abtreibungen durch das Medicaid-Programm abgeschafft haben. Auch das wirkte sich schnell auf die Abtreibungsrate aus. Es fragt sich allerdings, warum es gerade in den 1990ern eine Ausweitung von „Pro-Life“-Gesetzen gab. Schließlich hatte die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs im Falle **Roe v. Wade** den Weg für legale Abtreibungen bereits 1973 in einer eindeutigen Entscheidung (7:2) freigemacht. Mit der damaligen Entscheidung war ein texanisches Gesetz ungültig geworden, das Schwangerschaftsabbrüche kriminalisierte. Die Begründung: Das Gesetz schränke die in der Verfassung garantierte private Freiheit (right of privacy; liberty guarantee) ein. Doch, so betont New, 1992 fiel auch die Entscheidung **Casey v. Planned Parenthood**. Dabei war *Roe v. Wade* modifiziert worden. Pennsylvanias Gouverneur Robert Casey hatte stellvertretend für seinen Staat die Abtreibungs befürwortende Organisation Planned Parenthood verklagt. Seitdem obliegt es den Bundesstaaten, die genannten Regelungen im Falle eines Schwangerschaftsabbruches anzuwenden.

Entwicklungsinstitutionen: „Aus dem Weg!“

Seit ihrer Gründung in den Jahren 1945/46 haben die **Institutionen von Bretton Woods**, **Weltbank** und **Währungsfond**, ihr Vorhandensein wieder und wieder rechtfertigen müssen. Seine Zweifel an der Wirksamkeit ihrer Entwicklungskonzepte hat nun **Robert Anderson** für das **CATO Institute** niedergeschrieben. „Just get out of the Way“, fordert der Entwicklungsexperte und frühere Weltbankökonom seine Kollegen auf (<http://www.cato.org/pubs/pubs.html>). Zwar schlugen sie ausgeklügelte Konzepte vor, die das Wirtschaftsklima in armen Ländern verbessern sollen, doch deren Regierungen seien schlichtweg nicht in der Lage, solchen Maßgaben nachzukommen. Vor allem Korruption, Vetternwirtschaft und mangelnde Rechtsstaatlichkeit stünden der Realisierung von westlichen Rezepten entgegen. Anderson setzt daher auf Wachstum pur. Marktorientierte Politik ist seiner Meinung nach eher geeignet, Wirtschaftswachstum und einen erfolgreichen Privatsektor zu erzielen. Andersons Analyse voran steht die Maßgabe, dass Wachstum als Voraussetzung für die Armutsverminderung gilt.

Ist Demokratie übertragbar?

In seiner Rede zur Lage der Nation hat **Präsident Bush** Demokratie im Nahen Osten als kurzfristig realisierbares Ziel beschrieben. Pessimisten hingegen meinen, es sei ein Irrtum zu glauben, dass ganze Kulturen und Großreligionen mit westlichen Freiheiten und Selbstbestimmung kompatibel wären. **Patrick Basham**, Senior Fellow des beim **CATO Institute** angesiedelten **Center for Representative Democracy**, bedauert, dass es der Präsident sei, der falsch liege (<http://www.cato.org/dailys/02-02-04.html>). Zwar habe die Welt in den vergangenen 30 Jahren eine globale Ausbreitung von Demokratie, vor allem in Lateinamerika, Ostasien und Europa, erlebt. Doch in der arabischen Welt habe sich, Basham zufolge, in Sachen Menschenrechte und politische Freiheiten seit den frühen 70er Jahren nicht viel bewegt. Das „Demokratiedefizit“ bleibe das größte Hindernis; ablesen lässt sich das nicht nur am **Freedom House Index**, der Israel und die Türkei als einzige Demokratien in der Region anerkennt. In seinem neuesten **World Values Survey** zeigt auch der wissenschaftliche Aktivist der politischen Kultur, **Ronald Inglehart**, dass die Demokratieaussichten für die arabische Welt sehr düster seien. Es bleibt die Frage nach dem „Warum“. Schließlich halten es 87 Prozent der Muslime mit Winston Churchill: Trotz ihrer Mängel bleibe die Demokratie die beste aller Regierungsformen. Allerdings gehörten zum Einmaleins der Demokratie auch eine repräsentative

Regierung, ein Netzwerk liberaler politischer Normen und Werte sowie sozialer und institutioneller Pluralismus. Hieran mangle es in der arabischen Welt. Selbst das **Bureau for Intelligence and Research im amerikanischen Außenministerium** hatte vor einem Jahr bezweifelt, dass ein neues Regime im Irak die Ausbreitung von Demokratie in der Region bewirken würde: Der Antiamerikanismus sei viel zu groß und könnte von Islamisten kontrollierten Regimen Aufwind geben. CATO-Experte Basham hält es mit **Larry Diamond**, einem der Herausgeber des renommierten **Journal of Democracy**: "Democracy is not a gift we as Americans can bestow on ... any other people. It is an opportunity that each people must discover, grasp, and craft for themselves."

Umfrage zum Ende des Jahres

Über 4000 Interviews hat das **Pew Center** auch Ende 2003 geführt, um den alljährlichen Jahresendreport zur politischen Stimmung in Amerika zu erstellen (<http://people-press.org/commentary/files/2003yearend.pdf>). In einem Satz lässt sich das Ergebnis der umfangreichen Studie, die das Umfrageinstitut bereits seit 1987 erstellt, so zusammenfassen: „Klar getrennt und zunehmend polarisiert“. Der „Geist der nationalen Einheit“, der den Anschlägen vom 11. September folgte, heißt es hier, „ist ferne Erinnerung“. Seit 1994 seien Demokraten und Republikaner politisch nicht mehr soweit voneinander entfernt wie heute. Damals hatte der Ärger der Wähler über den Demokraten im Weißen Haus, **Bill Clinton**, die Republikaner zur Mehrheitskraft im Kongress werden lassen. Auch um Amerikas Image im Ausland ist es Pew zufolge nicht gut bestellt. Schuld daran seien die Meinungsverschiedenheiten in Sachen Irak. Allerdings stoßen die Werte, die Washington weltweit zu propagieren suche – Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie – auf breite Akzeptanz. Des Weiteren gilt: Amerikaner stoßen auch zunehmend entlang religiöser Linien aufeinander. Das liegt den Statistikern des Pew Centers zufolge vor allem an der religiösen Aversion gegenüber gleichgeschlechtlichen Ehen. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse findet sich unter <http://people-press.org/reports/display.php3?ReportID=202>.

Kurzrezension

Natürliche Allianz. Elizabeth Pond hat ein neues Buch zur Lage der transatlantischen Beziehungen geschrieben

Elizabeth Pond gilt als profunde Kennerin der transatlantischen Beziehungen. Seit vielen Jahren lebt sie in Deutschland; ihre Analysen zum Stand der Dinge zwischen Amerika und Europa, vor allem aber zwischen den USA und Deutschland, sind aus der medialen Landschaft beiderseits des Atlantiks nicht mehr wegzudenken. Sowohl in Washington als auch in Berlin veröffentlicht die Journalistin – von 1967 bis 1988 arbeitete sie als Europakorrespondentin des *Christian Science Monitors* – ihre Erkenntnisse unter der Schirmherrschaft von Think Tanks. Für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin steht sie der Transatlantischen Ausgabe von *Internationale Politik* vor; ihr neuestes Buch „Friendly Fire“ hat in Washington institutionelle Rückendeckung u.a. von der European Studies Association und dem German Marshall Fund erhalten. „Friendly Fire“, das fünfte Buch in einer Serie zum Stand der transatlantischen Dinge, erzählt vom „bizarren Zerfall und der sich androhenden Auflösung des Westens“ in den vergangenen zwei Jahren. Noch nie sei es um das transatlantische Verhältnis so schlecht bestellt gewesen, das meine selbst Henry Kissinger. Früher hatte man sich um Einzelheiten gestritten, heute gehe es um Ideen. Um die kämpften selbstgetaufte Neokonservative wie Charles Krauthammer sehr bald nach dem Ende des Kalten Krieges, doch Grund zur Sorge bereiteten die Artikel über „The Unipolar Moment“ und dergleichen niemandem. Amerika war in Europa als Anführer der freien Welt gern gesehen gewesen. Die Präsidentschaft von George Bush sen. unterstrich dies; viele Europäer bewunderten, mit „wie viel Subtilität und Feingefühl er die deutsche Wiedervereinigung und die tektonischen Verschiebungen am Ende des Kalten Krieges“ vorangetrieben hätte. Von seinem Sohn erwarteten sie nun ähnliches, schließlich unterhalte er einen fast identischen Beraterstab. Doch 9/11 habe Amerikas neokonservative Revolution erst stattfinden lassen. Elizabeth Pond schlägt sich auf die Seite der Europäer, der Deutschen zumal. Noch einmal lässt sie all die Zwischenfälle seit Präsident George W. Bushs „Axis of Evil“-State-of-the-Union-Rede Anfang 2002 für sich sprechen. Sie erklärt sämtliche amerikanische Handlungsmaxime und setzt ihnen sogleich ein Beispiel des europäischen, zumeist deutschen „Sonderwegs“ vor allem in der Irakfrage entgegen. Alle, die in den vergangenen Jahren wortreich zum „transatlantic rift“ beigetragen haben, treffen sich in dem kleinen, flüssig geschriebenen Band wieder. Anhänger der „Ohne mich“-Strategie des deutschen Bundeskanzlers werden sich bestätigt fühlen;

Amerikas Neokonservative werden die Nase rümpfen. Pond betrachtet deren Mission, die umgekehrte Dominotheorie im arabischen Raum stattfinden zu lassen, skeptisch. Und auch die neokonservative Bewegung selbst, einst aus der Taufe gehoben durch „New Deal“ und „Great Society“-geläuterte Demokraten, sieht sie kurz vor dem Auseinanderfallen. Doch all den Meinungsverschiedenheiten und diplomatischen Unhöflichkeiten zum Trotz, steht auch für Pond fest, dass der Westen miteinander alliiert sei. Ganz natürlich.

What's New?

Dialog mit der islamischen Welt

Seit Jahren schon gibt es in Amerika vielseitige Bemühungen um einen Dialog mit der islamischen Welt. Organisiert sind diese von der Regierung selbst, oder angesiedelt bei verschiedenen Privatinitiativen oder Think Tanks. Das **Saban Center for Middle East Policy** zum Beispiel hat die **Brookings Institution** im Jahr 2002 ins Leben gerufen. Daraus ist nun eine neue Initiative entstanden – das **U.S. – Islamic World Forum** (www.us-islamicworldforum.org), das beim **Project on U.S. Policy Toward the Islamic World** des Saban Centers (www.brookings.edu/sabancenter) angesiedelt ist. Auf einer ersten Zusammenkunft Mitte Januar 2004 in Katars Hauptstadt Doha waren über 150 Führungspersonlichkeiten aus den USA und 38 muslimischen Staaten zusammengekommen. Dazu gehörten unter anderem der frühere amerikanische **Präsident Bill Clinton** und Katars Emir **Sheik Hamad Bin Khalifa Al-Thani**. Direktor des Forums ist der National Security Fellow der Brookings Institution, **Peter W. Singer**. Finanziert wird das Forum, außer von der Brookings Institution vor allem von der Regierung des Scheichtums Katars sowie von **Haim Saban**, der schon einen Großteil des nach ihm benannten Saban Centers finanzierte, der **Ford Foundation** und der **Employment Foundation**.

Zum Saban Center gehört seit Ende Januar 2004 auch **Tamara Cofman Wittes**. Als Research Fellow will sich die Nahost-Expertin vor allem der amerikanischen Politik gegenüber der arabischen Welt sowie den wirtschaftlichen und politischen Reformen in der Region widmen. Wittes kommt vom **U.S. Institute of Peace**. 1997 gehörte die Georgetown-Absolventin zu den ersten Empfängern des von Präsident Clinton ins Leben gerufenen **Rabin-Peres-Awards**.

Ranglistenplatz für Leon Aron

Ranglisten begleiten Amerika ebenso wie Europa schon seit geraumer Zeit. Nun machen sie auch vor den Türen der Washingtoner Think Tanks nicht mehr Halt. So hat die internationale Nachrichtenagentur **Washington Profile** **Leon Aron** vom **American Enterprise Institute** im Januar als einen der „zehn einflussreichsten Russisch-Amerikaner“ benannt. Bewertungspunkte für die russischen Einwanderer der ersten Generation waren Einfluss auf Regierung und Medien, auf Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Steven Cook beim CFR

Die Nahost-Experten des **Council on Foreign Relations** arbeiten an einem Buch über die Rolle des Militärs bei der politischen Entwicklung Ägyptens, der Türkei und Algeriens. Zur Verstärkung ist nun **Steven Cook** als Next Generation Fellow in das Team eingetreten. Cook kommt vom **Saban Center der Brookings Institution**, in dem er auch weiterhin in der Arbeitsgruppe zur **U.S. Policy toward the Islamic World** mitarbeiten wird.

Feis-Preis für Julia Sweig

Julia Sweig gilt als Amerikas Kuba-Expertin Nummer eins. Für ihr Buch „Inside the Cuban Revolution: Fidel Castro and the Urban Underground“ hat die stellvertretende Direktorin des **Latin America Program beim Council on Foreign Relations** nun den **Herbert Feis Award der American Historical Association** gewonnen. Die Auszeichnung wird seit 1982 jährlich zu Ehren des Pulitzer-Preis-Gewinners und Historikers Herbert Feis (1893-1972) verliehen.

Bibliographie

Robert Anderson, Just Get Out Of The Way. How Governments Can Help Business in Poor Countries, Washington, DC, The CATO Institute, 2004.

Partick Basham, A Mistaken President, Washington, DC, The CATO Institute, 2004. <http://www.cato.org/dailys/02-02-04.html>.

Chris Edwards und Tad DeHaven, Republicans Become the Party of Big Government, Washington, DC, The CATO Institute, 2004. <http://www.cato.org/dailys/02-02-04-2.html>.

Alison Fraser, The State of Spending, Washington, DC, The Heritage Foundation, 2004. <http://www.heritage.org/Research/Budget/wm398.cfm?renderforprint=1>.

William Gale und Peter Orszag, The Budget Outlook: Updates and Implications, Washington, DC, The Brookings Institution, 2004. <http://www.brookings.edu/dybdocroot/views/papers/gale/20040129.pdf>.

Richard Kogan, David Kamin und Joel Friedman, Deficit Picutre Grimmer than New CBO Projections Suggest, Washington, DC, Center on Budget and Policy Priorities, 2004. <http://www.cbpp.org/1-28-04bud.htm>

Pew Center fort he People and the Press, 2003 Year-End Report, Washington, DC, 2004. <http://people-press.org/commentary/files/2003yearend.pdf>.

Elizabeth Pond, Friendly Fire. The Near-Death of the Transatlantic Alliance, Washington, DC, The Brookings Institution Press, 2004.

Alice Rivlin und Isabel Sawhill, Restoring Fiscal Sanity: How to Balance the Budget, Washington, DC, The Brookings Institution, 2004. <http://www.brookings.edu/dybdocroot/es/research/projects/budget/fiscalsanity/full.pdf>.

Kevin Werbach, Radio Revolution. The Coming Age of Unlicensed Wireless, Washington, DC, New America Foundation, 2004. http://www.newamerica.net/Download_Docs/pdfs/Pub_File_1427_1.pdf.

Think Tanks im Internet (Auswahl)

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for American Progress: www.centerforamericanprogress.org

Center for National Policy (CNP): www.cnponline.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

Center on Budget and Policy Priorities: www.cbpp.org

The Century Foundation: www.tcf.org

The Heritage Foundation: www.heritage.org

Hoover Institution: www-hoover.stanford.edu

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

James A. Baker III Institute for Public Policy: <http://bakerinstitute.org>

The New America Foundation: www.newamerica.net

Pew Research Center For The People & The Press: www.people-press.org

Progressive Policy Institute: www.ppionline.org

RAND Europe: www.rand.org/randeurope

RAND Corporation: www.rand.org

RAND Qatar: www.qf.org.qa

Konrad-Adenauer-Stiftung im Internet

Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington: www.kasusa.org

KAS-Portal für den euro-atlantischen Dialog: www.Transatlantik-Netz.de



Franz-Josef Reuter / Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Außenstelle Washington

Washington am 18. Februar 2004